P1

Protokoll

Initiator*innen: Präsidium

Titel: **Entwurf des Protokolls der ersten Sitzung des 34. StuPas vom 29.10.2026**

Dokument [PDF]

Protokoll

1. Sitzung des 34. Studierendenparlamentes am 29.10.2026
Hedwig Dohm Haus
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 22:56 Uhr

Abstimmungs- und Wahlergebnisse in der Form: ja / nein / Enthaltungen (/ Ungültige)
Abkürzungen der Listennamen:

LiLi:	Linke Liste an der HU – LiLi
Grünboldt:	Grünboldt
Juso:	JuSo-Hochschulgruppe
OLKS:	OLKS Offene Liste Kritischer Studierender
IYSSE:	IYSSE
RCDS:	RCDS – Einfach. Normal. Studieren.
AAL:	Anti-Autoritäre Liste
EU3T:	Ewig und 3 Tage – Langzeitprojekte
IJV:	IJV – Internationaler Jugendverband
LamA:	LamA – Laut, atzig. Mausig: Adlershof

Weitere Abkürzungen siehe https://www.refrat.de/fako.infos.html#a6251

Im Protokoll wird im Bereich der Fragen und Diskussion auf die indirekte Rede verzichtet und die Wortbeiträge in verkürzter direkter Rede wiedergegeben. Auf Zeichensetzung wird verzichtet.

Für Rechtschreib- und Grammatikfehler in den Berichten und Beschlüssen sind die jeweiligen Listen verantwortlich

Tagesordnung

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung 2
1.1. Dringlichkeitsbeschlüsse gem. § 5 Abs. 3 StuPa-GO 2
1.2. Festlegung der Tagesordnung 2
2. Bestätigung des Protokolls der siebten Sitzung des 33. StuPa vom 09.07.2026 2
3. Mitteilungen und Berichte I 3
3.1. Bericht des Präsidiums 3
4. Wahlen I 3
4.1. Wahl des Präsidium 3
4.2. Auslosung des Haushaltsausschusses 4
5. Berichte II 4
5.1. Berichte der Referate 4
5.2. Weitere Berichte 8
6. Wahlen II 8
6.1. Referat für Lehre und Studium 8
6.2. Referat für Hochschulpolitik 8
6.3. Referat für politisches Mandat und Datenschutz 8

6.4. Referat für Queerfeminusmus ... 9
6.5. Referat für Studierende mit Kind ... 9
6.6. Referat für Fachschaftskoordination ... 9
6.7. Referat für LGBTI* ... 9
6.8. Referat für Finanzen ... 9
7. Anträge ... 9
7.1. SP-34/03F Haushalt (1. Lesung) ... 9
7.2. SP-34/04F Büroeinrichtung ... 10
7.3. SP-34/05F Aufwandsentschädigung Wahlvorstand ... 10
7.4. SP-34/07F Anschaffung Webservern ... 10
7.5. SP-34/11F Finanzierung Klageverfahren ... 10
7.6. SP-34/06 Änderung Satzung ... 11
7.7. SP-34/10 Änderung Geschäftsordnung ... 11
7.8. SP-34/01 Anerkennung Humboldt Forum Wirtschaft ... 12
7.9. SP-34/09 Anerkennung SDS ... 12
7.10. SP-34/02 Semesterkarte Chipkarte ... 12
7.11. SP-34/08 Keine Mittel für KI ... 13
7.12. SP-34/12 Solidarität Palästina ... 13
7.13. SP-34/13 Reaktion Sondierungsgespräche ... 14
7.14. SP-34/14 Unterstützung Unistreiks ... 16
8. Sonstiges ... 17

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

Sanni (Präsidium) eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das StuPa beschlussfähig ist.

1.1. Dringlichkeitsbeschlüsse gem. § 5 Abs. 3 StuPa-GO

Sanni (Lili) bringt einen Dringlichkeitsantrag ein.

Abstimmung: viele/0/0 → **Dringlichkeiten erkannt**

Wird unter 7.13 behandelt

1.2. Festlegung der Tagesordnung

TO-Punkt 7.8 wird heute nicht behandelt.

Sonst keine Änderungen der TO

2. Bestätigung des Protokolls der siebten Sitzung des 33. StuPa vom 09.07.2026

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen.

Abstimmung: viele/0/2 → **angenommen**

3. Mitteilungen und Berichte I

3.1. Bericht des Präsidiums

Liebes 34. StuPa,

das alte Präsidium bedankt sich für die letzte Sitzungsperiode und wünscht einen guten Einstieg in die neue. In der vorlesungsfreien Zeit haben wir uns vor allem dem Tagesgeschäft gewidmet, also Mahnungen versendet, Bescheinigungen ausgestellt, Initiativen beraten und die Webseite gepflegt. In den letzten Wochen wurde alles für das 34. StuPa organisiert, u.a. haben wir dafür den Verteiler aktualisiert und die konstituierende Sitzung geplant. Zudem hatten wir Kontakt mit Interessierten für das Amt im StuPa-Präsidium, denen wir alle Fragen beantwortet haben.

Um dem neuen Präsidium die Arbeit zu erleichtern, weisen wir noch einmal auf folgende Punkte hin:

1. Bitte nutzt die Antragsvorlage des Präsidiums auf der StuPa Website.

2. Bitte meldet euch ab, wenn ihr zur Sitzung nicht erscheinen könnt.

3. Sollte sich eure Anschrift und/oder Mailadresse ändern, teilt dies bitte dem Präsidium mit.

Wir wünschen dem 34. Studierendenparlament sowie dem neuen Präsidium viel Erfolg!

4. Wahlen I

4.1. Wahl des Präsidiums

Wahlausschuss wird gebildet von: Dario (Grünboldt), Rike (Grünboldt), Noah (Lili), Linus (Aal)

→ Yeehaw ihr seids!

Kandidaturen liegen vor von: Emily (Grünboldt), John (Grünboldt), Klara (Lili), Minze (Lili), Yunus (Olks)

Fragen:

Olaf: Bittet um kompetente Arbeit und gute Kenntnis über die GO und Satzung.

<u>Wahlergebnis:</u>

Emily: (41/1/1) → **gewählt**

John: (38/4/1) → **gewählt**

Klara: (38/4/1) → **gewählt**

Minze: (39/3/1) → **gewählt**

Yunus: (32/5/6) → **gewählt**

4.2. Auslosung des Haushaltsausschusses

Eduard (Jusos) kontrolliert die Lose

Riya (Lili) zieht die Lose

Wahl:

Aal, Olks und IJV

5. Berichte II

5.1. Berichte der Referate

Antifaschismus

-wird nachgereicht-

Antirassismus

Im vergangenen Monat habe ich die anfallenden Aufgaben im Referat für Antirassismus bearbeitet. Dazu gehörten insbesondere organisatorische und administrative Tätigkeiten im Rahmen der laufenden Referatsarbeit, wie die Teilhabe von Sitzungen bzw. Plenas sowie die Bearbeitung aktueller Anliegen. Ein weiterer zentraler Bestandteil meiner Arbeit war die Beratung von Studierenden. Hierbei ging es vor allem um Unterstützung bei Fragen und Anliegen im Kontext von Diskriminierungserfahrungen sowie um die Vermittlung von Informationen zu bestehenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen. Insgesamt lag der Fokus meiner Arbeit im vergangenen Monat auf der kontinuierlichen Unterstützung von Studierenden, sowie der regulären Teilnahme und Erledigung an Plas bzw. organisatorischen Aufgaben.

Finanzen

-wird nachgereicht-

Hochschulpolitik

-wird nachgereicht-

Fachschaftskoordination

-wird nachgereicht/unbesetzt-

Queer_Feminismus

Seit der 7. Sitzung des Studierendenparlaments am 09.07.2026 nahm das Referat für Queer_Feminismus regelmäßig an den Plenarsitzungen des Referent*innenrats teil und führte seine laufenden Aufgaben fort. Dazu gehörten insbesondere die Bearbeitung von Finanz- und Rückerstattungsanträgen, die gemeinsame Abrechnung mit den Antragstellenden sowie die E- Mail-Korrespondenz mit Ratsuchenden. Darüber hinaus beschäftigt sich das Referat weiterhin mit der flächendeckenden Einrichtung von All-Gender-Toiletten sowie der Bereitstellung und Beschaffung von Menstruationsprodukten an der Universität. Beide Themen bilden wichtige Schwerpunkte der Referatsarbeit und sind zentrale Bestandteile des Bestrebens für eine diskriminierungsfreie,

inklusive und bedürfnisorientierte Hochschulalltag. Das Referat setzt sich außerdem gegen diskriminierende Belästigung und sexistische Übergriffe an der Universität ein. Die Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsberatung und der Transberatung wird fortgeführt, um betroffene Studierende zu unterstützen, sie auf Beratungsangebote aufmerksam zu machen und bestehende Unterstützungsstrukturen in das Bewusstsein von betroffenen Studierenden zu rücken. Schließlich arbeitet das Referat an der Organisation einer Vollversammlung für FLINTA*- Studierende sowie einer Vollversammlung für LGBTI*-Studierende. Das heißt, wir suchen weiterhin eine Person für das seit längerer Zeit unbesetzte LGBTI(Q+)-Referat. Zudem wird das Referat für Queer_Feminismus die Aufgaben Referats für Queer_Feminismus bis zur erfolgreichen Wahl einer*s Kandidat*in auf der Vollversammlung kommissarisch weiterführen. Wir freuen uns über Vorschläge und Bewerbungen von Interessierten, die sich für die Belange von queer-feministischen und LGBTI*-Studierenden einsetzen und die Arbeit des Referats aktiv mitgestalten möchten.

Kultur
Seit der letzten StuPa-Sitzung konzentrierte sich die Arbeit des Kulturreferats vor allem auf die Bearbeitung von Finanzanträgen sowie die aktive Unterstützung von Studierenden bei der Planung und Umsetzung ihrer Veranstaltungen. Bei den Finanzanträgen lag der Fokus neben der administrativen Verwaltung insbesondere auf der Beratung der Antragstellenden zur Gewährleistung vollständiger Unterlagen. Ergänzend dazu wurde der laufende Betrieb des Tontechnikverleihs weiterhin sichergestellt.

Lehre und Studium

Liebes 34. Studierendenparlament,

seit der letzten Sitzung des damals noch 33. Studierendenparlaments hat das Referat für Lehre und Studium das Tagesgeschäft gut am Laufen gehalten. Denn auch wenn vorlesungsfreie Zeit war, bedeutete das für die Studierenden unserer Universität keineswegs eine Zeit frei von Problemen rund um Studium und Lehre.

Gerade die vorlesungsfreie Zeit bringt schließlich zahlreiche Prüfungen und Abgaben mit sich. So bestand unser Tagesgeschäft nach wie vor darin, zum 4. Prüfungsversuch und zu Täuschungsvorwürfen zu beraten sowie die Studierenden intensiv bei Gegenvorstellungsverfahren und Stellungnahmen gegenüber den jeweiligen Prüfungsausschüssen zu begleiten.

Da nicht nur Probleme innerhalb des laufenden Studiums an der HU existieren, sondern unsere Universität sich auch schwertut, potenziellen Studis den Zugang zum Studium zu ermöglichen und das Weiterstudieren immer wieder mit Hürden versieht, waren wir selbstverständlich auch in diesen Bereichen sehr aktiv.

Wir haben nicht nur wie gewohnt unsere Einklageberatung angeboten, sondern darüber hinaus auch allgemein beim Bewerbungsprozess unterstützt. Dabei haben wir auch neu entstandene Hürden entdeckt, die es nun zu beseitigen gilt — etwa beim Übergang in den Q-Master, durch die holprige Umstellung auf das neue System HISinOne oder schlicht durch das Ausbleiben konstruktiver Erinnerungsmails seitens der Universität, in allen Formen.

Auch die Gremienarbeit sowie allerlei Veranstaltungen und Treffen sind in der vorlesungsfreien Zeit nicht zu kurz gekommen. Wir haben auch hier nicht geschlafen, sondern weiterhin unsere Werte und eure Interessen vertreten — sei es in der LSK oder beim Austausch mit dem Bologna.Lab.

Zwei Themen sind uns aktuell ganz besonders wichtig, da sie immer wieder angegriffen werden und das Studieren hier noch prekärer machen, als es ohnehin schon ist: Anwesenheitskontrollen und die Prüfungsbelastung.

Immer wieder mussten wir feststellen, dass Dozierende schneller und restriktiver dazu übergehen, die Anwesenheit in ihren Lehrveranstaltungen zu kontrollieren, oder aber Aufgaben und Prüfungen unverhältnismäßig erschweren. Wir bitten euch daher inständig: Falls euch Missstände, sei es in der Lehre oder im Studienverlauf, auffallen. Wendet euch gerne an uns oder verweist auf uns, falls ihr selbst nicht direkt betroffen seid. So oder so: Seid aware!

Zu guter Letzt hat unser Referat, so gut es unsere Kapazitäten eben ermöglicht haben, den RefRat auch im Allgemeinen unterstützt. Allen voran beim packen von Beuteln für die Erstis sowie bei vielen kleinen anderen Taten.

Beste Grüße

Edgar & Emily

Ökologie und Umweltschutz

Seit der letzten Sitzung des Studierendenparlaments habe ich mich mit dem Tagesgeschäft und Refrat-Alltag befasst. Dabei nahm ich regelmäßig an den RefRat-Plena teil und bot Sprechstunden im Büro an. Zum Semesterbeginn stellte ich den RefRat bei Erstiveranstaltungen vor und unterstützte die Vorbereitung der Ersti-Wochen. Zudem betreute ich Finanzanträge und half bei der Arbeit unterbesetzter Referate. Zum Semesterbeginn beschäftigte ich mich hauptsächlich mit dem Semesterticket. Ich bearbeitete Chipkartenanträge und beriet Studierende zu diesem Thema. Da es zu dieser Zeit Probleme mit dem Deutschlandsemesterticket gab, beriet ich zahlreiche Studierende auch hierzu.

Politisches Mandat und Datenschutz

-wird nachgereicht-

Publikation

In den letzten Monaten hat sich das Referat für Publikation mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

Tagesgeschäft:

• Betreuung E-Mail Postfach, Sprechstunde

Arbeit an der HUch – Zeitung der studentischen Selbstverwaltung:

• Koordination der Redaktion

• Planung von Möglichkeiten neue Redaktionsmitglieder zu finden, z.B. durch Stand beim Infomarkt zur Immatrikulationsfeier und offenes Redaktionstreffen

• Bearbeitung von Rechnungen und Honoraren

• Lektorate der Texte für Ausgabe 101

• Aktualisierung der HUch Website

Soziales

Hochverehrtes und Hochwohlgeborenes und Durchlauchtes Präsidium des Studierendenparlaments, das Referat für Soziales hat sich seit der letzten Sitzung mit folgenden Themen beschäftigt:

• Betreuung und Bearbeitung von Finanzanträgen

• Teilnahme an Verwaltungsratssitzungen des Studierendenwerks und Vorbereitungen zu diesen Sitzungen

• Einarbeitung zu verschiedenen Arbeitsbereichen im RefRat

• Teilnahme an Bündnistreffen zu Zivilklauseln

• Teilnahme an Bündnistreffen für BAföG für Alle

• Erledigung ständiger Aufgaben: Email-Verkehr, regelmäßige Teilnahme am Plenum

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung verbleibe ich.

Studieren mit Kind(ern)

Kita Gutscheine und Nachfolge

Öffentlichkeit

Liebes Studierendenparlament,

das Referat für Öffentlichkeitsarbeit war seit der letzten Sitzung sehr aktiv. Die wichtigsten Themen und Projekte meiner Arbeit waren:

-Orga von 3500 Ersti-Beuteln mit Entwicklung des Designs, Bestellung der Inhalte & Beutel und Verteilung an neue Studis

-Vernetzung mit Fachschaften & Initiativen

-Vorstellung des RefRats und studentischer Selbstverwaltung in den Ersti-Wochen verschiedener Studiengänge

-Einsatz für studentische Räume an der Uni und Bearbeitung von Raumanträgen

-Gespräche mit der Universitätsleitung

-Betreuung von Finanzanträgen

-Newsletter

-Social Media Kanäle

-regelmäßige Teilnahme an Plena

GaLiGrü Dario

5.2. Weitere Berichte

Stuki Referat bittet um kommissarische Weiterführung des Amtes bis zur Neubesetzung

Abstimmung: (viele/0/1) → **angenommen**

Referat für Queer_feminismus bittet um kommissarische Weiterführung des Amtes bis zur Neubesetzung

(viele/0/1) → **angenommen**

6. Wahlen II

Wahlausschuss wird gebildet von: Dario (Grünboldt), Rike (Grünboldt), Elo (Lili), Linus (Aal).

6.1. Referat für Lehre und Studium

Kandidatur liegt vor von Edgar (Haupt-) und Emily (Co-).

Fragen: Dario spricht Wahlempfehlung aus.

Wahlergebnis:

Abgegebene Stimmen: 46

Edgar: 41/2/3 ➔ gewählt

Emily: 42/2/2 ➔ gewählt

6.2. Referat für Hochschulpolitik

Kandidatur liegt vor von Noah (Haupt-) und Diaga (Co-).

Fragen/Anmerkungen: keine.

Wahlergebnis:

Abgegebene Stimmen: 45

Noah: 35/5/5 ➔ gewählt

Diaga: 38/4/3 ➔ gewählt

6.3. Referat für politisches Mandat und Datenschutz

Kandidatur von Rieke (Haupt) und Flo (Co).

Fragen/ Anmerkungen:

Bengt (LiLi): Will die Uni die Uni entpolitisieren?

Rieke (LiLi): Nein, keine Entpolitisierung aber eine bestimmte politische Richtung.

Lukas (Grünboldt): Würdet ihr für das politische Mandat bis zum Verfassungsgericht ziehen?

Flo: Der Motivation sind keine Grenzen gesetzt, den finanziellen Mittel der verfassten Studierendenschaft schon.

Isabella (LiLi): Wo ist die Grenze zum politischen Mandat?

Rieke (LiLi): Die Grenze ist waschig. Möchte die Grenze nicht ziehen.

Abgegebene Stimmen: 46, 1 ungültig

Rieke:37/6/2
Flo:39/4/2

6.4. Referat für Queerfeminusmus

Keine Kandidatur, nicht möglich Wahl durchzuführen.

6.5. Referat für Studierende mit Kind

Kommissarische Weiterführung.

6.6. Referat für Fachschaftskoordination

Keine Kandidatur.

6.7. Referat für LGBTI*

VV geplant.

6.8. Referat für Finanzen

Kandidatur liegt vor Lukas (Co).

Fragen/Anmerkungen:
Jasper (Grünboldt): würde sich freuen.

Wahlergebnis:

Abgegebene Stimmen: 45

Ergebnis: 39/5/1 ➔ **gewählt**

7. Anträge

7.1. SP-34/03F Haushalt (1. Lesung)

Jasper (Grünboldt) bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion: keine

7.2. SP-34/04F Büroeinrichtung

Noah bringt den Antrag ein

Fragen/Diskussion:

Abstimmung: Einstimmig angenommen (45 Stimmen)

Beschlusstext:

> Es wird dem Referent*innenRat eine Summe von 35 000 EUR zur ersten Neueinrichtung der renovierten Räumlichkeiten der studentischen Selbstverwaltung im Ostflügel des Hauptgebäudes gemäß III. bereitgestellt. Die Nutzung der Mittel ist auf ein Jahr beschränkt.

7.3. SP-34/05F Aufwandsentschädigung Wahlvorstand

Yunus (OLKS) bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion: keine

Abstimmung: **Einstimmig angenommen (45 Stimmen)**

Beschlusstext:

> Dem Studentischen Wahlvorstand werden 2000 Euro als Aufwandsentschädigung für die Organisation und Durchführung der Wahl zum 34. Studierendenparlament zur Verfügung gestellt. Jedem Mitglied soll eine Aufwandsentschädigung von 500 Euro zukommen.

7.4. SP-34/07F Anschaffung Webservern

Lukas (Grünboldt) bringt den Antrag ein. Änderungsantrag wird direkt übernommen.

Fragen/Diskussion: keine

Abstimmung: **Einstimmig angenommen (45 Stimmen).**

Beschlusstext:

> Das Studierendenparlament stellt dem Referent*innenRat 9000 Euro für die Anschaffung eines Webservers zur Verfügung.

7.5. SP-34/11F Finanzierung Klageverfahren

Noah (Lili) bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion: keine

Abstimmung: (37/2/6)

Beschlusstext:

> 1. Das Studierendenparlament unterstützt das Klageverfahren in der Sache der rechtsaufsichtlichen Beanstandung und Aufhebung des StuPa-Beschlusses zur Vorlage SP-35/44 gegen das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin mit einem zusätzlichen Finanzrahmen von 5.000 EUR.
> 2. Das Studierendenparlament beauftragt den RefRat mit der Umsetzung.

7.6. SP-34/06 Änderung Satzung

Lukas (Grünboldt) bringt den Antrag ein.
Über die einzelnen Änderungen wird einzeln abgestimmt.

Fragen/Diskussion:

Bzgl. Geschäftsordnung:
Aal: Bringt Änderungsantrag ein. Nur die Satzungsänderung soll zu Beschluss stehen.
Vinzenz (E3T): Gegen 2/3 Anwesenheit. Es wäre im aktuellen StuPa möglich, dass 2 Listen diese hätten. Liste wollte denselben Änderungsantrag einbringen.
Bengt (LiLi): Gängig selbst nur einfache Mehrheit. Plädiert dafür Änderungsantrag abzulehnen.
Joel (Aal): Vor dem Hintergrund des Klimas im StuPa ist der Änderungsantrag anzunehmen.
Emily (Grünboldt): Ohne Änderung der GO ist eine solche oft praktisch unmöglich.

Antragsteller*innen nehmen Änderungsantrag der Aal an. Nur Satzungsänderung steht zu Beschluss.

Abstimmung: (44/0/0) → **angenommen**

Beschlusstext:

Siehe Website

7.7. SP-34/10 Änderung Geschäftsordnung

Emily (Lili) bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion:

Stella (Aal): Wie demokratisch halten. Personen können aufgrund von Carearbeit / Krankheit ja auch vielleicht nicht können.

Emily (LiLi): Einig, dass immer besser, wenn viele kommen.

Linus (Aal): GO-Antrag. Vorschlag verschieben des Antrags auf das nächste StuPa.
Lukas (Grünboldt): Wichtig heute abzustimmen.

Abstimmung: GO-Antrag abgelehnt.

Leonard (keine Liste): Könnte die LiLi dann nicht allein GO ändern.

Emily: Nein.

Vinzenz (E3T): Vorschlag Änderungsantrag. Fristen für Änderungsanträge verändern.

Emily: Antrag angenommen.

Sanni (LiLi): Hinweis bzgl. Kinderbetreuung. Sitzungen tagsüber sind noch schlechter besucht.

Dario (Grünboldt): Die Demokratie wird durch den Antrag nicht abgeschafft. Es braucht immer noch eine Mehrheit von 31 Stimmen.

Lisa (Jusos): Antrag wäre Generalmandat GO einfach zu verändern. Es stehen wichtige Dinge in der GO, nicht auf leichte Schulter nehmen.

Vinzenz: Ohne Antrag ist es nicht so als wäre das StuPa arbeitsunfähig. Starkes Plädoyer dafür Antrag abzulehnen.

Rieke: GO Antrag auf Schließung der Redeliste. Angenommen.

Viele Gründe warum Personen nicht zum StuPa kommen können. Die Mehrheitsverhältnisse sind halt so, dass 2 Listen gerade Mehrheit haben.

Eduard (Jusos): Plädoyer an Personen auf der Liste weiterhin zu kommen.

Bengt: Die derzeitige Rechtslage gibt Anreiz nicht zum StuPa zu erscheinen.

Abstimmung: (36/9/0) → **Antrag abgelehnt**

7.8. SP-34/01 Anerkennung Humboldt Forum Wirtschaft

➔ vertagt auf nächste Sitzung nach Absprache mit Antragstellenden

7.9. SP-34/09 Anerkennung SDS

Mo (keine Liste) bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion:

Vinzenz (E3T): Öffentliche Gelder sollten nicht an eine parteinahe Organisation gehen. Demokratietheoretisches Problem.

Mo: Problem an der Uni Menschen zu politisieren. SDS leistet dahingehend wichtige Arbeit (Kritowo, VVs,…).

Minze (Lili): Es gibt auch parteinahe Listen im StuPa. Muss man Mitglied im SDS oder Mitglied der Partei die LINKE sein?

Mo: Nein.

Abstimmung: (viele/4/6) → **angenommen**

Beschlusstext:

1. Die Hochschulgruppe des Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes an der Humboldt Universität zu Berlin, genannt "SDS HU", erhält den Status einer Studentischen Initiative, anerkannt vom Studierendenparlament.
2. "SDS HU" wird in die Liste der Studentische Initiativen, Cafés und Projekte aufgenommen.

Beauftragt wird das Präsidium

7.10. SP-34/02 Semesterkarte Chipkarte

➔ Vertagt.

7.11. SP-34/08 Keine Mittel für KI

Minze (LiLi) bringt den Antrag ein

Fragen/Diskussion:

Joel (Aal): Wie erkennen, dass KI?

Jasper (Grünboldt): Stimmt, man kann es nicht immer erkennen. Es geht nicht darum Personen die Möglichkeit zu nehmen Studigelder zu benutzen aber keine KI. Weil KI ist doof.

Leonard (keine Liste): Wo ist die Grenze zu KI? Begriff KI scheint weit gefasst.

Vinzenz (E3T): Ohne klare Def von KI funktioniert der Antrag nicht. GO Antrag auf Vertagung.

Abstimmung: (15/24/7) → **GO Antrag abgelehnt**

Rieke (LiLi): Es geht um eine Selbsterklärung.

Minze (LiLi): Es könnte schon eine tiefere Diskussion geben.

Abstimmung: (viele/ 0/ 8) ➔ **angenommen**

Beschlusstext:

1. Finanzmittel der Studierendenschaft dürfen künftig nicht mehr für KI-generierte Projekte, Werbemittel, Werbetexte oder allgemein für KI-generierte Inhalte ausgegeben werden. Es gilt für Finanzmittel, die der Referent*innenRat direkt, das Studierendenparlament direkt oder indirekt durch Haushalte oder sonstige langfristige Regelungen vergeben werden.
2. Finanzanträge bzw. deren Vordrucke sind um eine dementsprechende Erklärung zu ergänzen. (Eine Versicherung zur Nichtnutzung von KI). Das Referat für Finanzen wird mit der Umsetzung beauftragt.

7.12. SP-34/12 Solidarität Palästina

LiLi bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion:

AAL: Warum Antrag nochmal? BDS ist antisemitisch.

LiLi: Man kann verschiedene Meinungen haben. BDS ist nicht klar rechtswidrig, der Antrag ist es auch nicht. Warum nochmal? Es ist uns wichtig klarzumachen, dass Solidarität im StuPa weiter besteht.

E3T: Genaue Formulierung ist wichtig. GO-Antrag auf Verschiebung des Antrags.

Abstimmung: (8/viele/5) → GO-Antrag abgelehnt.

AAL: Antisemitismus ist omnipräsent in der deutschen Gesellschaft. Auch an der Uni.

Jusos: Stimmt Vorrednerin zu, der Antrag sei mit Hamas zugehörig;

LiLi: Es gehe nur um die institutionelle Zusammenarbeit

AAL: widerspricht LiLi

LiLi: glaubt nicht an die Dialogbereitschaft

LiLi: widerspricht AAL

LiLi: Schließt an Vorrednerin an und beantragt GO Schließung der Redeliste.

-GO Antrag angenommen-

AAL: Sieht in dem Antrag eine Gesinnungsprüfung.

Abstimmung: (viele/8/3) mehrheitlich angenommen

Beschlusstext:

(1) Feststellung: Dem Studierendenparlament der HU ist weiterhin bewusst, dass sich alle israelischen Universitäten mit denen die HU kooperiert vielfach direkt oder indirekt am Genozid [1], Besatzung, Apartheid und/oder weiteren Menschenrechtsverletzungen gegen das palästinensische Volk beteiligt haben und beteiligen, etwa durch Rüstungsforschung oder die Ausbildung von IDF-Soldat*innen [2]. Eine Abgrenzung oder dauerhafte Beendigung dieser Beteiligung ist nicht zu beobachten. Ein im Juli 2026 veröffentlichter Bericht (A BOYCOTT, DIVESTMENT ANDSANCTIONS (BDS) REPORT FOR HUMBOLDT UNIVERSITY BERLIN – Academic complicity in Israeli occupation, Apartheid and Genocide) [3] stellt dies für die HU ausführlich dar.

Deswegen sieht sich das Studierendenparlament der HU weiterhin in der Pflicht zu handeln und beschließt folgendes:

(2) Das Studierendenparlament der HU schließt sich der internationalen Aufforderung nach 'Boycott, Divestment, and Sanctions' (zu Deutsch 'Boykott, Desinvestition, und Sanktionen'), im Folgenden 'BDS', und der damit verbundenen 'Palestinian Campaign for the Academic and Cultural Boycott of Israel' (zu Deutsch 'Palästinensische Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott Israels'), im Folgenden 'PACBI', an. Es erkennt an, dass die BDS-Bewegung (und die damit verbundene PACBI-Kampagne) eine völkerrechtskonforme, legitime und geschützte Form des politischen Protests ist, mittels der die palästinensische und internationale Zivilgesellschaften für die Anerkennung der Grundrechte der Palästinenser*innen im israelischen Staatsgebiet, für den sofortigen Rückzug Israels aus allen illegal besetzen Gebieten, sowie das von internationalem Recht vorgesehene Rückkehrrecht für palästinensische Geflüchtete gem. UN Resolution194 eintreten [4]. Die Aufforderung nach BDS ist dementsprechend eine friedliche Form des Widerstandes gegenüber den Institutionen und Unternehmen, die von der Aufrechterhaltung des Apartheidssystems, der Besatzung und des Genozids profitieren. Diese Forderung ist nicht antisemitisch [5]. Insbesondere spricht sich das Studierendenparlament der HU für die Umsetzung der PACBI-Richtlinien aus.

(3) Das Studierendenparlament der HU strebt eine BDS und PABCI-konforme studentische Selbstverwaltung an. Es sollen keine Ressourcen der studentischen Selbstverwaltung für Zwecke aufgewendet werden, die den PACBI-Richtlinienentgegenstehen (Beispielsweise für Veranstaltungen mit israelischen staatlichen Institutionen oder Hochschulen). Der Rahmen von (2) Absatz 2 soll auch hier gelten. Zur Prüfung der praktischen Umsetzung dieser Kriterien richtet das Studierendenparlament der HU eine Gruppe, beispielsweise ein Komitee oder eine StuPa-AG ein. Diese ist beauftragt bis zur nächsten Sitzung des Studierendenparlaments im Wintersemester 2026/27 in Absprache mit dem RefRat Richtlinien zu erarbeiten, wie die Umsetzung der genannten Kriterien sinnvoll, bürokratiearm und rechtssicher gestaltet werden kann. Sie soll dazu bis zur genannten Sitzung eine StuPa-Antragsvorlage formulieren, über die dann potentiell abgestimmt werden kann. Das Studierendenparlament der HU beschließt und weist den RefRat an, dass studentischen Gruppen, Initiativen, Fachschaften, Fachschaftsinitiativen sowie sonstigen Mitgliedern der Studierendenschaft der HU aufgrund ihrer Unterstützung der BDS- oder PACBI-Kampagne keine finanziellen, materiellen oder administrativen Nachteile durch die Organe der studentischen Selbstverwaltung entstehen dürfen.

7.13. SP-34/13 Reaktion Sondierungsgespräche

Klara (Lili) bringt den Antrag ein

Fragen/Diskussion:

Diaga (Hopo) bringt AÄ ein, Hochschulen wurden immens gekürzt, Wiedereinführung Ordnungsrecht ein Fehler, fordert Viertelparität an Hochschulen

Theo (Aal): zieht AA zurück

AÄ von Diaga wird von Antragsteller*innen angenommen.

Änderungsantrag: (8/ viele/ 4) ➔ AA abgelehnt.

Abstimmung: (viele/8/1) → **angenommen**

Beschlusstext:

(1) Das Studierendenparlament begrüßt das aus dem Sondierungspapier „Mehr gemeinsam, mehr Berlin" [1] hervorgehende Vorhaben nach einer Reform des Studiums „mit mehr Teilzeit-, berufsbegleitenden und hybriden Angeboten, einer geringeren Prüfungslast und gezielter Unterstützung für Studierende ohne akademischen Familienhintergrund und mit Beeinträchtigungen" und die geplante finanzielle Absicherung des Studierendenwerks. Wir werden die Umsetzung genau beobachten und kritisch begleiten.

(2) Die weiterhin geplante Gründung der Hochschulbaugesellschaft sehen wir in der derzeitigen Form als fatalen Fehler an und fordern die Aufgabe des Projekts oder mindestens eine grundlegende Überarbeitung. Für den Fall der Umsetzung muss sie als Vehikel der Hochschulen funktionieren. Das bedeutet sie muss von den Hochschulmitgliedern verwaltet werden. Momentan wird Hochschulen, Studierenden und Beschäftigten als Hauptnutzenden nur marginale oder optionale Mitbestimmung eingeräumt. Die Beschäftigten müssen geschützt werden und dürfen keine arbeitsrechtlichen Nachteile erfahren. Personalüberleitung muss klar und fair geregelt sein und Tarifflucht, Kompetenzverlust und Arbeitsverdichtung 1 ausgeschlossen werden [2]. Der Raumbestand darf nicht verringert werden, Raumkonkurrenz muss verhindert werden, die Selbstbestimmung der Uni über ihre Räume erhalten bleiben. Student*innen und studentische Gruppen darf für selbstorganisierte Veranstaltungen der Zugang zu Räumen nicht erschwert werden.

(3) In dem Bestreben Berlin als „führende Startup- und Gründungsmetropole" und „Innovationsstandort Nummer 1 in Europa" zu positionieren, identifizieren die Sondierungsparteien die Universitäten als strategischen Akteur. Im Zuge einer „forschungsgetriebenen Reindustrialisierungspolitik" halten die Berliner LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen fest, den „Transfer von Ideen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft" unterstützen zu wollen. Gleichzeitig werden als international besonders wettbewerbsfähige Sektoren „Hoch- und Resilienztechnologien (Drohnen, autonome Systeme, KI, Robotik, Photonik, Quanten, Luft- und Raumfahrt, Satelliten, Energie- und Speichertechnologien, Cybersicherheit etc.)" identifiziert, welche eng mit der Rüstungsindustrie verzahnt sind [3]. Den Anspruch wirtschaftlicher Verwertbarkeit, der mit einer verstärkten Förderung solcher Wissenstransfers an die universitäre Forschung herangetragen wird, lehnen wir entschieden ab. Die potentiell enge Verknüpfung mit dem Rüstungssektor stellt für uns dabei einen aggravierenden Faktor dar. Öffentlich finanzierte Forschung sollte der Gesellschaft dienen - nicht private Profitgenerierung und Krieg unterstützen.

(4) Zudem kritisieren wir das Beibehalten der „Berliner Vereinbarung zum Start der Sondierungen zwischen Die Linke Berlin, Bündnis 90/Die Grünen Berlin und SPD Berlin" vom 8.10.2026. Wir sehen die Vereinbarung nicht als sinnvollen Schritt zu Prävention von und Umgang mit Antisemitismus, sondern als problematische Verquickung jüdischer Sicherheit mit dem Staat Israel. Die in der Vereinbarung ausgeführten Vorhaben der Parteien und die augenscheinliche Fortführung der bisherigen Linie fügen sich in eine breitere Tendenz ein, Debatten zu Palästina unter dem Vorwand der Antisemitismusbekämpfung auf undemokratische Art und Weise zu unterbinden. Wir befürchten, dass dies auch zur weiteren Unterdrückung von Stimmen an der Hochschule beitragen wird, die die offensichtlichen Brüche internationalen Rechts des Staates Israels anprangern und die Humboldt-Universität diesbezüglich auffordern Konsequenzen zu ziehen. So bestärkt die Vereinbarung Entscheidungen der

Universitätsleitung, die einen solchen politischen Ausdruck der Studierendenschaft bereits jetzt mehrfach autoritär unterbunden haben. Sie gesteht dieser außerdem zu, Maßnahmen zu ergreifen, die ein solches Eingreifen auch in Zukunft vereinfachen dürften. Auf Hochschulen bezogene Beispiele aus der Vereinbarung sind:

a) Fortführung bestehender Kooperationen mit israelischen Hochschulen: In der Vereinbarung heißt es: „Bestehende wissenschaftliche Kooperationen zwischen Berliner und israelischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden von uns fortgeführt." Im Antrag SP-33/45 der letzten StuPa-Sitzung forderte das HU-StuPa mit riesiger Mehrheit das genaue Gegenteil – die Beendigung von bestehenden institutionellen Kooperationen mit israelischen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Wir fordern, die Interessen der Studierenden ernst zu nehmen und die Mittäterschaft Berliner Universitäten an Genozid, Besatzung, Apartheid und anderen Völkerrechtsverstößen [4] durch einen Abbruch der Kooperationen zu beenden.

b) Konsequente Anwendung des Hausrechts: Die Sondierungsparteien „erwarten, dass sie [die Hochschulen] das Hausrecht konsequent anwenden". Insbesondere Universitäten sollten Orte sein, in denen eine differenzierte und kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Ereignissen und politischen Debatten möglich sein sollte. Mit Verweis auf das Hausrecht entscheidet sich die Universitätsleitung regelmäßig israelkritische Stimmen auszuschließen, ihnen den Zugang zu universitären Räumen zu verweigern oder sie gewaltvoll räumen zu lassen. Derzeit drückt sich dies bspw. verstärkt in den Raumvergabeprozessen aus. Die in der Vereinbarung formulierte „Erwartung" der Sondierungsparteien einer konsequenten Anwendung des Hausrechts in Universitäten unterstützt solche Maßnahmen, welche de facto Debatten um Palästina auf besorgniserregende Art und Weise verengen.

(5) Universitäten müssen unabhängige und demokratische Orte der Wissensproduktion bleiben. Der große Andrang zur in diesem Semester wiederholt stattfindenden Veranstaltungsreihe „Wissenschaft gegen Faschismus", hat bewiesen, dass Forschende, Lehrende und Studierende an der Humboldt-Universität Interesse daran zeigen die Universität als einen solchen Ort zu verteidigen. Bestrebungen einer rot-grün-roten Landesregierung sich im Kontext des Einflussgewinns rechts-autoritärer Politik als Alternative zu inszenieren sind nur glaubhaft, wenn sie auch dahingehend standhaft sind. Die in (2) – (4) ausgeführten Vorhaben lassen eine solche Standhaftigkeit anzweifeln. Wir fordern deshalb: Mehr Mitbestimmung für Student*innen, unabhängige Wissenschaft, die sich nicht für Marktinteressen und Krieg hergibt und freie Debatte an der Uni und überall, allgemein und besonders zu Palästina.

7.14. SP-34/14 Unterstützung Unistreiks

Sanni bringt den Antrag ein.

Fragen/Diskussion: keine

Abstimmung: (viele/1/4) → **angenommen**

Beschlusstext:

1. Das StuPa solidarisiert sich mit den internationalen Streiks, Blockaden und Demonstrationen für bessere Bildungsbedingungen und gegen die kapitalistischen Aushandlungen auf dem Rücken junger Leute.

2. Wir unterstützen „Schulstreik gegen Wehpflicht" und ihre Forderungen:

- Nein zur Wehrpflicht! Nein zu Zwangsdiensten!

- Sofortiger Stopp der Musterungen!

- Rücknahme des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes!"

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung

8. Sonstiges

Tilo (IJV): Nächste Woche Treffen, um den 20.11 zu organisieren. Kommt vorbei.

Ende der Sitzung: 29.10.2026 22:56 Uhr

Für die Richtigkeit: Das Präsidium